

Der Zeitungs-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1008, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Zeitilpragis Berlin

Verzinst sich Ihr nichts — Vereint alles!

Abzugeben die sechsgepaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgehalt findet an Otto Behms, Berlin D 27,
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5886), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Was tut uns not? — Betriebsmißstände. — Beträtts-
sichtigung vom 19.—21. November 1922. — Vergleich der
gegenwärtigen Reallohne in den verschiedenen Ländern mit den
englischen und mit dem Vorkriegsstand. — Die Sozialdemokratie in
Sowjetrußland. — Die italienische Gewerkschaftsbewegung und die
Faschisten. — Streifzüge durch unser Wirtschafts- und Gewerkschafts-
leben. — Das Existenzminimum in der ersten Novemberhälfte 1922.
— Ortsverwaltungskonferenz des Gaues Augsburg. — Aus den
Gewerkschaften. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches. — Aus
Unternehmerkreisen. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. —
Winterleid (Gebicht). — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Neue
Beitragsmarken. — Unterhaltungssteil: Wann soll man den
Arzt aufsuchen?

Was tut uns not?

Das es der Stadtbevölkerung heute ebenso schlecht geht wie
der Landbevölkerung gut — wir haben hierbei nur die mittlere
und die unteren Bevölkerungsschichten im Auge —, das
ist eine Tatsache, die niemand mehr bestritten. Sie ist auch
nicht mehr zu bestreiten, weil sie jedem, der offenen Auges
durch die Welt geht, augenfällig wird. Und diese Tatsache ist
nicht nur in Deutschland festzustellen, sondern auch in anderen
Ländern, in der Schweiz, in Frankreich u. a. Die Landwirt-
schaft hat im Kriege, der die Zufuhr aus anderen Ländern in
die einzelnen Länder absperrte, eine so günstige Konjunktur
bekommen, wie sie sie vorher niemals, wenigstens nicht seit
Menschengedenken, kannte. Das setzte sie in den Stand, die
Preise für ihre Erzeugnisse selber zu bestimmen, im Gegen-
satz zur Vorkriegszeit, wo der Erzeugnisse abnehmende Groß-
händler aus der Großstadt die Preise machte. In dieser be-
neidenswerten Lage ist die Landwirtschaft geblieben. Ihre
Vertreter, besonders die Kleinbauern, machen seit langem
einen Aufwand, der ihnen bis zum Kriege fremd war. Sie
können das. Denn wenn auch ab und zu der Händler wieder
in die Lage gekommen ist, ihnen die Preise zu diktieren, so
geschieht es doch gegen früher in umgekehrter Richtung,
nämlich dadurch, daß ein Händler dem anderen im gebotenen
Preis zu überbieten sucht und der Bauer so oft wider seinen
Willen gezwungen wird, mehr zu nehmen als er zu nehmen
beabsichtigt hatte; will er sich nicht als dumme Bauer aus-
sachen lassen, muß er den ihm gebotenen Preis schon nehmen.
Alle diese Umstände ermöglichen ihm aber die Führung einer
Lebenshaltung, die über die des Städters allgemein erheblich
hinaustragt. (Vor dem Kriege war es meist umgekehrt.) Was
nun der Landmann mehr hat, hat der Städter weniger.
Daraus resultiert z. T. dessen Elend.

Der Unterschied in der Lebenshaltung des Landmannes und
des Stadtbewohners wird aber bestehen bleiben, solange es
nicht gelingt, entweder landwirtschaftliche Erzeugnisse aus
anderen Ländern wieder billig einzuführen und dem heimischen
Bauer so eine Konkurrenz zu bereiten, die auf den Preis seiner
Erzeugnisse drückt, oder diese so zu vermehren, daß dadurch
eine Verbilligung eintritt. Das erste erscheint bei den hohen
Frachten und unserem niedrigen Geldstande ausgeschlossen,
das zweite kann nur ermöglicht werden durch Steigerung der
landwirtschaftlichen Produktion.

In der „Betriebsratzeitung“ (Nr. 11) wird gesagt:
„... Etwa 40 Millionen Menschen können nach dem heu-
tigen Stande der landwirtschaftlichen Produktion durch die
deutsche Landwirtschaft ernährt werden. 20 Millionen
Menschen müssen durch den Austausch von Industrieprodukten
gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse des Auslandes ihren
Lebensunterhalt gewinnen. Dieser Absatz geht aber jetzt zum
großen Teil ohne Gegenleistung an das Ausland.
Sie wird bezahlt durch Schuldscheine (Marknoten und
Kredite), also durch Schuldverschreibungen auf die Ver-
mögensreste der Gesamtheit oder durch Hingabe von Ver-
mögenssubstanzen unserer nationalen Wirtschaft.“

Angesichts dessen ist es vor allem erforderlich, so rasch als
irgend möglich die Produktion der Landwirtschaft so zu
stärken, daß sie auch die 20 Millionen Menschen aus der hei-
mischen Erzeugung ernährt. Dazu ist zweierlei nötig.
Erstens die Umstellung eines Teiles der Industrie. Die Land-
wirtschaft benötigt dringend eine Verstärkung der Stick-
stoffdüngemittel-Produktion auf mindestens das
Dreifache. Das bedeutet, daß Oppau, Leuna und die
sonstigen Stickstoffwerke Deutschlands allmählich, und zwar
sofortmöglichst auf eine verdreifachte Produktion gebracht

werden müssen. Die deutsche Landwirtschaft benötigt weiter
eine Verdoppelung bis Verdreifachung der derzeitigen Erzeu-
gung von Phosphorsäuredüngemitteln und eben-
so etwa eine Verdreifachung der für die Landwirtschaft bisher
zur Verfügung gestellten Kalimengen. Die erforderlichen
Neuanlagen aller Art werden die Maschinenfabriken ver-
schiedenster Art in Tätigkeit setzen und die Bautätigkeit be-
leben. Auch das rollende Material der Eisenbahn müßte ent-
sprechend vermehrt werden. Weiterhin würde ein großer
Mehrbedarf an landwirtschaftlichen Maschinen eintreten.
Die großen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, von denen
einzelne 20 000 und mehr Arbeiter beschäftigen, müßten ihre
Produktion entsprechend erweitern. Auch die Bautätig-
keit in der Landwirtschaft selbst würde zunehmen.

Nicht Industriegüter, die für billiges Geld ins Ausland ge-
liefert werden und die uns die letzte Kraft aus dem Markt
saugen, gilt es zu erzeugen, sondern industrielle Güter als
Rohstoffe und Betriebsmittel für die landwirtschaftliche
Produktion. Es wird der Arbeiterschaft und der
städtischen Bürgerschaft, die 50 Jahre die Arbeit der Landwirt-
schaft in falschem Lichte sah und bewußt und gewollt für
den Industriestaat erzogen wurde, schwer fallen, dies
einzusehen, sieht sie es aber nicht ein, so sind wir alle zu-
sammen verloren. Die Arbeiterschaft und die städtische
Bürgerschaft hat es in der Hand, zu leben oder zu sterben,
bei ihnen steht die Entscheidung, ob das deutsche Volk weiter-
bestehen oder untergehen soll.

Wir brauchen Produktionsgesetze!

Gesetze, die die landwirtschaftliche Produktion fördern und statt
dessen trifft man produktionshemmende Maßnahmen.
Wir brauchen

Schulen, eine Saatgutorganisation, eine Düngerorganisation,
ähnlich der, wie sie von Ministerpräsident Braun seinerzeit
vorgeschlagen wurde, und wir brauchen den Willen, die Arbeit
und die Mitarbeit der Arbeiter und der Bürgerschaft zur Pro-
duktion, andernfalls gehen wir alle zusammen zugrunde. Im
nachstehenden soll noch einmal der Weg, den wir zu gehen
hätten, gezeigt werden, die Landwirtschaft ist bereit. Nicht an
ihm liegt es, wenn wir untergehen, sondern an dem zurzeit
noch mangelnden Verständnis der Arbeiter-
schaft und der städtischen Bürgerschaft Deutschlands für das,
was uns nohtut.

Nicht gegenseitiges Vergeuden der Kräfte zur Erlangung des
größeren Anteils an einer unzureichenden Erzeugung, sondern
auf ihre Vereinigung zur ausreichenden Produktion kommt
es an.

Der Erfolg einer Umstellung würde im folgenden liegen:

1. Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch
würde hergestellt.
2. Die Reste des Volkvermögens bleiben erhalten.
3. Das Lebensniveau der Arbeiter- und Beamenschaft
Deutschlands könnte dem der Vorkriegszeit wieder ange-
näher werden.
4. Wir würden wieder satt werden, es gäbe wieder Brot,
Milch und Fleisch in genügender Menge zu erträglichen
Preisen.

Das zweite Erfordernis ist das Hineintragen der wissen-
schaftlichen und technischen Errungenschaften der Agri-
kulturland in die breite Masse der bäuerlichen Wirtschaften.

Daß der Schwerpunkt der Produktionsvermehrung tatsächlich
bei den 72 Proz. deutschen Bodens bewirtschaftenden Bauern
liegt — die größeren, gut geleiteten Güter erzielen heute schon
höchsterträge, wenn auch da noch manches zu verbessern sein
dürfte, wird durch Ausführungen, die der Berliner Güter-
direktor Dr. R u t h s in einem Vortrage machte, bestätigt. Er
sagte:

„Wenn wir die Statistik betrachten, so sind von der ge-
samten Anbaufläche in Deutschland 72 Proz. in den Händen
des Besitzes unter 100 Hektar und nur 28 Proz. in den
Händen des Besitzes über 100 Hektar. Von den Einzel-
betrieben aber sind 99 Proz. in den Händen des Besitzes
unter 100 Hektar und nur 1 Proz. in den Händen des Besitzes
über 100 Hektar. Wie schwerwiegend das gerade für die
Förderung des Kartoffelbaues ist, zeigen diese Zahlen, da
gerade der Kleinbetrieb zum Kartoffelbau angeregt

werden muß. Der Großbetrieb tut seine Schuldigkeit schon
in weitestem Maße. Auch der Kleinbetrieb muß heran-
gezogen werden, und wenn das Hilfswerk der Land-
wirtschaft gedeihen soll, muß nicht nur der Großbetrieb, son-
dern die gesamte Landwirtschaft zusammengefaßt wer-
den. . . . Wenn wir die Kartoffelernte betrachten, so zeigt
sich, daß 80 Proz. der gesamten Kartoffelernte vom Klein-
betrieb geliefert wurden und nur 20 Proz. vom Groß-
betrieb. Damit liegt der stärkste Faktor zur Förderung des
Kartoffelbaues im Kleinbetrieb, d. h. immer in den Betrieben
unter 100 Hektar.“

Hier vor allem hätte das geplante Hilfswerk der Landwirt-
schaft einzusetzen. . . .

Würde danach gehandelt werden, so würde der Landmann
nicht schlechter, der Städter aber besser gestellt werden, würde
der Landwirtschaft die Bedeutung von Staats wegen zugestan-
den werden, die sie sich als wirtschaftlicher Faktor für die Wirt-
schaft des deutschen Volkes schon erworben hat, die sie jetzt aber
nicht in dem Maße rechtfertigen kann, daß sie die Ernährung
des ganzen Volkes sicherte.

Dazu muß sie aber gebracht werden, wenn das deutsche Volk
fortbestehen soll.

Betriebsmißstände.

Aus Arbeiterinnenkreisen gehen leider zu wenig Beschwerden an
unseren örtlichen Leitungen über vorhandene Mißstände in den Be-
trieben ein. Das läßt die Vermutung aufkommen, daß noch weniger,
vielleicht gar keine, an die Gewerbeaufsicht gelangen. Und doch ist
dieses die Ursache, die Betriebe auf ihre hygienische Beschaffenheit hin
zu kontrollieren und für Abhilfe Sorge zu tragen. Der Arbeiter-
schaft fällt dabei die Aufgabe zu, die Aufsichtsbehörde auf solche
Mißstände aufmerksam zu machen und an deren Beseitigung mit-
zuwirken. Wie notwendig die Mitwirkung der Arbeiterinnen ist,
beweisen folgende Fälle, die mir mitgeteilt wurden.

Ueber einen Betrieb in G. wird berichtet, daß dieser trotz vor-
handener schwerer Mißstände höchstens alle zwei Jahre revidiert
wird. Der Mangel an Schutzvorrichtungen und ungenügende Ver-
kleidung gefährlicher Stellen in der Fliegerei und Spulerei bringen
die Arbeiterinnen in ständige Gefahr. Oft werden ihnen die Kleider
in die Maschine gekehrt. Statt nun diese groben Mißstände zu
beseitigen, versucht die Direktion die beschwerdeführenden Arbeiter-
innen dadurch zu beschwichtigen, daß sie ihnen einige Meter Stoff
gibt. Es soll sogar Kolleginnen geben, die diesen Stoff nehmen,
statt sich an die Gewerbeaufsicht um Abstellung der Mißstände zu
wenden. Dieser Betrieb scheint besonders verwerflich zu sein, denn
die Aborte, zu welcher der Eingang nur durch den Saal führt,
wird häufig zu leeren vergessen. Damit steht die Sauche im Saal.
Und trotzdem nur alle zwei Jahre Revision!

In einer anderen großen Industriestadt sind alle Textilbetriebe
alten Systems und entbehren der hauptsächlichsten sanitären Ein-
richtungen. Ankleide-, Wasch- und Speiseräume fehlen gänzlich, über
Mangel an Schutzvorrichtungen wird ebenfalls geklagt. In den
Arbeitsstätten hängt der Schmutz jahrelang an den Wänden; diese
werden selten gewischt. Die völlig verstaubten Riemenröhren er-
füllen, da Staubabläuger fehlen, die Luft des Raumes fortgesetzt
mit Staub und gefährden in hohem Maße die Gesundheit der Ar-
beitenden. Ueber die gleichen unhygienischen Verhältnisse klagen die
Kolleginnen an drei anderen Orten.

Aus einem Ort kommt auch die Mitteilung, daß im dortigen Be-
trieb Arbeiterinnen und Jugendlichen mit dem Tragen schwerer
Stücke und Eifenteile beschäftigt werden, eine Arbeit, die ihren Or-
ganismus auf das schwerste schädigt. Sie müssen diese Lasten sogar
von Stockwerk zu Stockwerk tragen.

Aus drei Orten wird auch lebhaft Klage darüber geführt, daß
von den die Bahn benutzenden Arbeiterinnen das lange Warten
auf die abfahrenden Züge immer, besonders aber im Winter, sehr
unangenehm empfunden wird.

In der Mehrzahl der Orte, aus welchen die Klagen kommen, hat
die zuständige Gewerbeaufsicht trotz der überragenden Zahl weib-
licher Arbeiter weibliche Aufsichtsbeamte oder Kontrollleurinnen
nicht. Die Arbeiterinnen verlangen aber die Anstellung solcher.

Das Verlangen nach weiterer Anstellung weiblicher Gewerbe-
aufsichtsbeamten ist gewiß bei recht vielen denkenden Arbeiterinnen
regt. Mit noch größerer Sicherheit ist aber anzunehmen, daß Miß-
stände, wie die oben geschilderten, in viel größerer Zahl überall vor-
handen sind als allgemein angenommen wird. Sie werden aber
schwerlich als solche aufgefaßt, denn auch hier spielt die Gewöhnung
eine verderbbringende Rolle. Schon das Vorhandensein öl-
gehaltiger Staubansammlungen im Arbeitsraum kann zur Lebens-
gefahr für die darin Arbeitenden beim Ausbruch eines Feuers wer-
den, weil diese Staubmassen explosiv wirken. Aber schon vom Stand-

Wann soll man den Arzt aufsuchen?

Von Dr. med. Lindenfeld.

Es drängt mich, einige Worte zu sagen, die den Laien vor gefähr-
licher Selbstbehandlung warnen sollen.

Die Gefahr der Selbstbehandlung ist dadurch begründet, daß das
Fundament, auf dem sich jede Behandlung aufbaut, bei Laien als
ein zumindest sehr unsicheres bezeichnet werden muß. Ich meine,
das richtige Erkennen einer Erkrankung muß gesichert sein durch
ein Beherrschen der klinischen Untersuchungsmethoden. Diese können
aber nie aus Büchern allein geschöpft werden. Außerdem fehlt dem
Laien die anschauliche Erfahrung, die ihn befähigt, zwei an-
sich ähnliche Krankheitsbilder zu unterscheiden, was für Behandlung
und Vorhergange der Erkrankung von erheblicher Bedeutung ist.
Während nun die auf richtiger Krankheitserkennung aufgebaute Be-
handlung zweckmäßig sein wird, kann die fortgesetzt unrichtig ange-
wandte Heilmethode für Gesundheit und Leben des Kranken von
verhängnisvoller Bedeutung sein. Die Gefahren des berufsartigen
Kurzschlusses sind die gleichen, es ist als geradezu gemeingefähr-
lich zu bezeichnen.

Darüber soll aber heute nicht gesprochen werden. Vielmehr soll
die Frage erörtert werden, wann der Mensch in gesunden und
kranken Tagen den Arzt konsultieren soll. Ich gehe von der Tat-
sache aus, daß es oft leichter ist, eine Krankheit zu verhindern, als
eine ausgebrochene zu heilen. Die sogenannte Prophylaxe (Vor-
beugung) zum Beispiel ist ja von hervorragender Bedeutung für
Geschlechtskrankheiten usw.

Außerdem sollte jeder vernünftige Mensch, der ein- bis zweimal

jährlich eine Revision seiner Zähne beim Zahnarzt vornehmen läßt,
es nicht versäumen, auch einmal im Jahre wenigstens seinen Ge-
sundheitszustand ärztlich begutachten zu lassen. Durch rechtzeitige
Beseitigung kleinerer Defekte lassen sich unangenehmere, schwere
Uebel vermeiden. Ja, es gibt Fälle beginnender chronischer Er-
krankungen (z. B. der Lungentuberkulose), die oft ganz unbeachtet
bleiben, in einer Zeit, wo sachgemäße ärztliche Behandlung noch
Einhalt gebieten kann. Die rechtzeitig feststellende Untersuchung
kann hier lebensrettend sein.

Daß bei wirklich ernsthaften Erkrankungen der Arzt zugezogen
werden muß, versteht sich von selbst.

Die meisten werden das wohl rechtzeitig tun. Wie wenig
Kenntnisse das Laienpublikum besitzt, daß es auch bei schweren
Fällen die ersten Tage selbst pfuscht, erhellt aus der Tatsache, daß
schwere Diphtheriekranken am dritten oder vierten Krankheitsstage erst
in die Sprechstunde kommen, anstatt, im Bett liegend, am ersten
Tage den Arzt rufen lassen.

„Herr Doktor, verschreiben Sie mir, bitte, etwas für meinen
Hals, ich muß ersticken“, waren die ersten Worte eines jungen
Mannes mit schwerer Diphtherie, als er etwa am dritten Tage der
Erkrankung zu mir kam. Also Aufklärung muß in die breite Masse
dringen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege. Man trete dem
Verein für öffentliche Gesundheitspflege bei, besuche dessen Vor-
tragsabend und stelle am Schlusse der Vorträge Fragen an den
Redner über Nichtverstandenes. So kommen wir vorwärts im
Kampfe gegen Volksseuchen.

Auf der anderen Seite sei man nicht überängstlich. Man ver-
mute nicht hinter jedem kleinen Seitenstechen eine schwere innere
Organerkrankung, wenn er sich nicht wiederholt und das Allgemein-

befinden gut ist. Man lerne sich selbst körperlich gut kennen, frage
sich stets nach Diätfehlern, Uebermaß im Rauchen usw. und schalte
diese krankmachenden Ursachen aus.

Der Kassenpatient denke daran, daß er den Arzt nur dann
auffuche, wenn er ihn auch als Nichtkassenpatient auffuchen würde,
das heißt, wenn er aus eigener Tasche den Arzt und die Arznei usw.
bezahlen müßte.

Das nicht in Krankenkassen versicherte Publikum, das eher ge-
neigt ist, den Arzt zu eigenem Schaden zu „sparen“, wo es nötig
wäre, ihn zu befragen, lasse sich die Kosten nicht gereuen. Leider
ist ja in der heutigen Zeit die schöne Stellung des Arztes in der
Familie als Hausarzt immer seltener geworden, zumal oft die Mit-
glieder einer Familie in fünf oder sechs verschiedenen Kassen sind
und jedes Mitglied sich seinen eigenen Arzt aussucht, heute den, im
nächsten Quartal den anderen.

Der praktische Arzt als Hausarzt kann die Hygiene in der
Familie dauernd kontrollieren und das Gedeihen aller Familien-
mitglieder sichern helfen.

Ob die Krankenkassen wirklich in Gefahr geraten, wenn sich
jedes Mitglied zwei- bis dreimal im Jahre auch in gesunden Tagen
dem Arzt vorstellt, kann ich nicht entscheiden. Ich möchte es indefin-
beweisen, da zehn verhäufelte Krankheitsfälle der Krankenkasse mehr
ersparen, als die Kosten für die Behandlung nur einer ausge-
brochenen Erkrankung betragen würden. Dies gilt besonders für
alle Geschlechtskrankheiten. Und das Volkswohl verlangt gebieterisch
gerade auf diesem heiklen Gebiete den Vorbeugungsstrich.

Wäge unser durch den Weltkrieg seelisch und körperlich arg
zerrüttetes Volk im Arzte den berufenen Führer finden, der die
Wege zur Gesundheit weist.

punkt menschlichen Schönheitsempfindens und der Anforderungen hygienischer Art, die jeder arbeitende Mensch mit Rücksicht auf seine Gesunderhaltung gefehlich zu stellen berechtigt ist, sollten Arbeiterinnen es ablehnen, in Räumen zu arbeiten, die allen hygienischen Anforderungen Hohn sprechen. Sie sollten die Räume, in denen sie arbeiten, daraufhin recht gründlich ansehen und wenn nötig Abhilfe verlangen. Der Aufenthalt in einem sauberen Arbeitsraum erhöht die Arbeitsfreude, der Aufenthalt in schmutzigen, stinkenden Räumen wirkt niederdrückend, besonders auf feinempfindende Menschen. Es könnte in den Betrieben manches besser sein, wenn nur die Arbeiterinnen sich der Geringschätzung ihrer Person durch die Unternehmer bewußt würden, die darin ihren Ausdruck finden, daß man sie in Räumen arbeiten läßt, die jeder Sauberkeit, jedes Schutzes gegen die Gefahren des Betriebes entbehren. Jede Arbeiterin kann sich aber den Arbeitsraum so schaffen, daß er mindestens den gefehlichen Vorschriften genügt, gereinigt, gelüftet und in nicht zu langen Zwischenräumen neu geweiht wird. Es gehört nur dazu, auf seine tägliche Umgebung zu achten, die Mitarbeiterinnen ebenfalls dazu anzuhalten, um gemeinsam dagegen vorzugehen. So viel kann jede Arbeiterin verlangen, daß der Raum, in welchem sie arbeitet, soweit es die Art der Arbeit zuläßt, hygienisch einwandfrei beschaffen ist.

Die Unternehmer haben in den letzten Jahren so viel Gewinne eingehemft, daß sie selbst zur Vornahme baulicher Veränderungen zur Beseitigung von Betriebsmifständen angehalten werden können, wenn nur die Arbeiterinnen den Weg zur Gewerbeaufsicht finden wollten, um ihre Wünsche und Beschwerden dort vorzubringen. Die gesundheitliche Gefahr in Textilbetrieben ist schon durch die Verarbeitung der Fasern eine recht große. Sie wird noch erhöht in der gegenwärtigen Zeit durch die Herabminderung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch die sprunghaft wachsende Teuerung. Sie braucht nicht noch weiter gesteigert zu werden durch Unterlassungssünden der Unternehmer in bezug auf die inneren Einrichtungen der Betriebe, deren Unzulänglichkeit zu beseitigen die Arbeiterinnen mitverursachen. Weil sie dazu berufen sind, sollten sie auch fleißig Material über solche Betriebsmifstände beibringen, um bei Beratungen über Arbeiterfragen den Parlamentariern Unterlagen für weitere Forderungen an die Hand zu geben. Auch für die Begründung der Forderung der Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten in größerer Zahl, die im Interesse der Arbeiterinnen dringend erforderlich ist, bietet die Beibringung solcher Materials die beste Grundlage. Martha Hoppe.

Beiratssitzung vom 19.-21. November 1922.

Die Tagesordnung der Beiratssitzung war ziemlich umfangreich und recht wichtig. Außer der Stellungnahme zur Ausführabgabe und zum Achtstundentage wurde noch eine Reihe organisatorischer Aufgaben erledigt.

Zur Frage der Ausführabgaben wurden von kompetenter Seite aus recht sachliche Ausführungen gemacht. Es wurde ausgeführt, daß die Ausführabgabe nicht als ein Ideal der Besteuerung des kapitalistischen Unternehmertums anzusehen sei. Zunächst ständen jedoch keine anderen Mittel zur Verfügung, um an den Quellen der Kapitalerzeugung das Kapital zu besteuern. Beachtung verdienen vor allem, daß durch Verbilligung des Brotes und anderer Lebensmittel an die Industrie eine außerordentliche Prämie gezahlt worden sei. Diese Verbilligung der Nahrungsmittel habe zur Folge gehabt, daß die Löhne außerordentlich niedrig gehalten werden konnten. Sie seien zu Exportprämien geworden. Es sei deshalb gerechtfertigt, daß die Industrie auf der einen Seite einen Teil dieser Prämien in Form einer Ausführabgabe an das Reich zurückzahle. Ferner müsse beachtet werden, daß der Dollarkurs die Preissteigerung auf dem Fuße folge, dagegen vollziehe sich aber die Anpassung der Löhne viel zu langsam. Aus diesem Grunde sei die Zahlung der Ausführabgaben gerechtfertigt.

Die Unternehmer haben schon ursprünglich gegen die Ausführabgabe gekämpft. Dieser Kampf sei aber besonders verschärft worden, weil die Industrie jetzt erst gewungen sei, die Ausschläge der letzten Regelung der Ausführabgaben zu zahlen. Wenn die Industriellen behaupten, daß durch die Ausführabgabe ein Rückgang der Ausfuhrbestände eingetreten sei, so sei dies eine Irreführung der Öffentlichkeit. Der Rückgang der Ausfuhrbestände stege auf anderem Gebiete. Er sei bedingt durch die ungeheure Marktentwertung der letzten Monate, die einen großen Zahlungsmittelmangel hervorgerufen habe. Die Zahlungsmittel müßten auf das Vielfache erhöht werden. Hinzu kommt noch, daß die Preise im Lande auf das Vielfache gestiegen sind. Die innere Kaufkraft habe infolge der Marktentwertung ungeheuer nachgelassen. Die berufenen Schichten der Bevölkerung, die gegen Lohn und Gehalt arbeiten, könnten nicht daran denken, bei der gegenwärtigen Preissteigerung der Textilien sich solche anzuschaffen. Ferner sei aber auch zu beachten, daß in den letzten Monaten so viele Ausfuhrabgaben beantragt worden seien, daß angenommen werden müsse, das Unternehmertum wolle sich auf Monate hinaus sichern — auch vor der nunmehr erhöhten Ausführabgabe.

Die Ausführabgabe sei nicht schuld, daß jetzt die Auftragsbestände zurückgingen und infolgedessen Arbeitseinschränkungen vorgenommen werden müßten. Was geschehen müsse, sei die Marktstabilisierung, so daß wir nach einem festen Stande des Geldwertes rechnen könnten. Dann wäre vielleicht der Zeitpunkt gekommen, die Exportabgabe zu ermäßigen oder aufzuheben. Würde man jetzt die Exportabgabe beseitigen, so würde die Industrie die Marktstabilisierung noch weiter verhindern, weil sie kein Interesse an ihr habe. Die Gründe, die die Unternehmer für die Beseitigung der Ausführabgabe anführten, seien in der Regel unzutreffend. Man hat behauptet, daß die Konkurrenzpreise niedriger seien als die Preise in Deutschland. Dies treffe nicht zu. Die Kalkulationen, die die Unternehmer aufstellten, seien stark frisiert, und es sei kein Wunder, wenn nach diesen Kalkulationen die Preise über den Konkurrenzpreisen stehen. Wenn auf dem Weltmarkte mitunter die Konkurrenzpreise niedriger stehen als die der deutschen Erzeugnisse, so sei dies darauf zurückzuführen, daß man Deutschland in fast allen Ländern die Meißbegünstigung verweigert habe. Dabei haben einzelne Länder hohe Schutzzölle geschaffen, die selbstverständlich für den Absatz der deutschen Produkte hinderlich sind. Eine Reihe Staaten habe ihre Einfuhrzölle derartig gestellt, daß die deutschen Waren, die eingeführt werden, denselben Preis erreichen, der für die Waren in den Einfuhrländern üblich ist. Zu beachten sei ferner noch, daß eine Reihe Länder Einfuhrverbote erlassen haben, weil bei ihnen die Industrie stark daniederliege. Es sei hier nur die Schweiz und Irland zu nennen. Solange also die Stabilisierung der Markt nicht herbeigeführt sei, sei an eine Beseitigung der Exportabgabe nicht zu denken.

Von anderer Seite aus wurde darauf hingewiesen, daß auf Grund der niedrigen Löhne in Deutschland deutsche Wirtschaftssubstanz geradezu verschleudert worden sei. Erst in neuerer Zeit sei man zu besserer Kalkulation gekommen. Es wurde unter anderem auch darauf hingewiesen, daß sich vielfach die Betriebsräte von den Unternehmern beeinflussen lassen und für die Beseitigung der Ausführabgabe eintreten. Dies dürfe in Zukunft nicht mehr geschehen.

In der Debatte wurde festgestellt, daß der Textilarbeiterverband in seinen Forderungen bezüglich der Ausführabgabe mit den Forderungen des ADGB. konform laufe. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes erblidit noch immer entsprechend seiner bei Schaffung der Ausführabgaben gegebenen Erklärungen in der Erhebung solcher Abgaben keine ideale und besonders zweckmäßige Form der Besteuerung des kapitalistischen Unternehmertums. Er hält wie bisher die steuerliche Erfassung des großen Besitzes und der großen Einkommen an ihren Quellen für erforderlich. Unter Berücksichtigung der Nichtbeachtung der steuerlichen Forderungen des Proletariats und der Richterfassung eines

Teiles der Sachwerte zur Behebung der in verschiedener Form zutage tretenden finanziellen Nöte des Staates glaubt jedoch der Beirat, alle Möglichkeiten der Mittelbeschaffung zugunsten des Staates unterstützen zu müssen, auch die Möglichkeit, solche Mittel durch Abgabe vom Export zu beschaffen.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes lehnt deshalb zurzeit ab, die von allen Unternehmerorganisationen der Textilindustrie erhobene Forderung nach Ausfuhrabgaben zu unterstützen. In dem Versuch mancher Interessentengruppen, die bestehende Ausfuhrabgabe als Ursache des Rückganges der Beschäftigung in der Textilindustrie zu bezeichnen, dabei aber die zu hohe Preisstellung im Innenmarkt und das damit zusammenhängende Schwinden der Kaufkraft der heimischen Bevölkerung zu ignorieren, erblickt der Beirat eine bewußte Täuschung und Irreführung der Öffentlichkeit. Es ist das um so mehr der Fall, als die Unternehmer es verstanden, die seinerzeit beschlossene Erhöhung der Ausfuhrabgaben durch Einholung sehr zahlreicher Ausfuhrabgaben — bis zum heutigen Tag zu 97 Proz. der gesamten Ausfuhr — unwirksam zu machen.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes kann nach alledem in der derzeitigen Lage der textilen Exportindustrie einen Grund zur Aufhebung der Ausfuhrabgaben nicht erblicken und fordert von allen Vertretern des Verbandes in den Außenhandelsstellen, das diesbezügliche Verlangen der Unternehmer abzulehnen. Dabei wird ausdrücklich zu bemerken sein, daß die von den Unternehmern vorgelegten Kalkulationen für die Arbeiterschaft erst dann beweiskräftig haben, wenn die Möglichkeit der Nachprüfung aller Unterlagen durch sachmännlich vorgebildete Vertreter des Verbandes gegeben ist.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung fand eine besondere Debatte nicht statt. Es wurde nach kurzer Ausführung folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß die lediglich auf Profiterzeugung gerichtete kapitalistische Wirtschaft aus sich selbst heraus zunehmende Verelendung des Proletariats bewirkt und nur der gewerkschaftliche Kampf aller Arbeitnehmer und die durch diesen Kampf mobilisierte Staatsmacht im Interesse der Gesamtheit dem mit Erfolg entgegenwirkt, erklärt der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes:

Das Verlangen der Unternehmer nach Beseitigung des gefehlichen Achtstundentages und der Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit ist unberechtigt und widerstreitet den nationalen Interessen des Vaterlandes. Es ist diktiert von dem im Profitbegehren begründeten Wunsch, alle aus den Kriegsfolgen resultierenden Lasten auf die Schultern der gegen Lohn oder Gehalt arbeitenden Volksgenossen abzuwälzen.

Das Verlangen, nach einer Verlängerung der Arbeitszeit ist um so unerhörter und muß um so mehr von allen Freunden unseres Landes zurückgewiesen werden, als die deutsche Wirtschaft etwa zur Hälfte auf der unentbehrlichen Arbeit von Frauen und Mädchen beruht, deren körperliche und seelische Beschaffenheit infolge entsehrlicher Entbehrungen nach ärztlichen Feststellungen zu den größten Besorgnissen nicht nur für die Frauen und Mädchen selbst, sondern auch für die künftigen Generationen Anlaß gibt.

Die einer Steigerung der Warenerzeugung entgegenwirkende Vernachlässigung des technischen Produktionsapparates und die unterlassene Vervollkommnung des gesamten Produktionsprozesses durch das private Unternehmertum ist als schwere Verletzung der nationalen Interessen zu brandmarken.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes erwartet von der Erfüllung nachstehender Forderungen eine Steigerung der Produktion:

1. Lösung der Reparationsfragen in einer die Lebensinteressen aller Völker berücksichtigenden Weise.
2. Lösung des Währungsproblems durch Stabilisierung der Mark.
3. Lösung aller den Güteraustausch der Nationen betreffenden Fragen in einer die Konkurrenz auf dem Markt nicht ausschließenden Weise.
4. Vervollkommnung des seit 1914 unter dem Einfluß des Krieges und der Valutakonjunktur nicht mehr verbesserten Produktionsapparates der deutschen Volkswirtschaft.
5. Bessere Betriebsorganisation, bessere Arbeitsteilung, vor allem in der Textilindustrie.
6. Weitgehendste Normalisierung und Typisierung.
7. Verpflichtung der Betriebsräte zur Angezeigerstattung rüftändiger und veralteter Techniken und mangelhafter Organisation in den einzelnen Betrieben.
8. Schaffung gefehlich legalisierter arbeitgemeinschaftlicher Instanzen als die Meldungen der Betriebsräte prüfende und die Tatsachen feststellende Organe der Volkswirtschaft, welche auf Verbesserung der Technik usw. durch Bereitstellung von Mitteln aus den Reingewinnen beim einzelnen Unternehmer hinzuwirken haben.
9. Ruhbarmachung der Kartelle und Syndikate zu gleichem Zweck durch Einbeziehung aller Interessentengruppen und der Staatsvertretung in ihre Verwaltung.

In übrigen fand noch eine Reihe innerorganisatorischer Fragen ihre Erledigung.

Vergleich der gegenwärtigen Reallöhne in den verschiedenen Ländern mit den englischen und mit dem Vorkriegsstand.

Das letzte Heft der von Prof. Keynes verlegten Wiederaufbauserie ist den Problemen der Arbeit gewidmet. Wir finden darin zwei beachtenswerte Versuche, die gegenwärtigen Reallöhne in den verschiedenen Ländern sowohl mit den in England geltenden als auch mit dem Vorkriegsstand zu vergleichen. Der erste Versuch entstammt der Feder von John Hilton, Direktor des Statistischen Amtes im englischen Arbeitsministerium; der zweite hat J. H. Richardson vom Forschungsbureau des Internationalen Arbeitsamtes zum Verfasser. Beide Untersuchungen deuten auf die großen Schwierigkeiten hin, die solchen Vergleichen im Wege stehen. Die Lohnstatistiken sowie die Indexzahlen, welche über die Kosten der Lebenshaltung bzw. der Preisgestaltung Aufschluß geben, und die zu vergleichen wären, sind in vielen Ländern unvollständig, daneben aber bestehen in den einzelnen Ländern verschiedene Methoden der Errechnung. Mit einiger Vorsicht können jedoch Vergleiche angestellt werden, welche ohne Anspruch auf Genauigkeit wenigstens die Tendenzen der Entwicklung aufzuzeigen vermögen.

John Hilton vergleicht die Reallöhne von fünf Berufsgruppen, und zwar Steinseher, Schreiner, Monteure, Buchdrucker und ungelernete Arbeiter in fünf Ländern, nämlich England, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten im Juni 1922. Als Ergebnis der Berechnungen ergibt sich, in Indexziffern ausgedrückt und die Reallöhne in England = 100 gefest, folgende Tabelle:

Beruf	England	Deutschl.	Frankr.	Belgien	Verein. Staat.
Steinseher	100	50	65	59	214
Schreiner	100	50	83	57	192
Monteure	100	58	66	59	147
Buchdrucker	100	43	66	55	168
ungel. Arbeiter	100	71	69	60	76
Durchschnitt	100	54	70	58	159

Wir werden an einem Beispiel zeigen, auf welche Weise die Vergleiche angestellt wurden. Nehmen wir den Fall eines ungelerneten Arbeiters in Deutschland. Sein Lohn in der Metallindustrie in Berlin betrug im Mai 1922 98 Mk. für eine 46½-Stundenwoche. Umgerechnet für eine 48-Stundenwoche würde das 98 Mk. Wochenlohn ausmachen. Wie kann man seinen Reallohn in englischem Gelde ausdrücken? Dies wird folgendermaßen berechnet. Die deutsche Indexziffer für die Kosten der Lebenshaltung für April-Mai betrug 3571 (1913/14 = 100). Daher hatte die Summe von 98 Mk. April-Mai 1922 in Deutschland dieselbe Kaufkraft wie ein Sechsdreißigstel dieser Summe vor dem Kriege hatte; d. i. 27½ Mk. Ent-

sprechend der Währungsparität waren 27½ Mk. im englischen Gelde 27 Schillinge 2 Pence. Die Kosten der Lebenshaltung waren aber in Deutschland vor dem Kriege höher als in England, und zwar im Verhältnis von 8 : 7. In England konnten nämlich vor dem Kriege für 23 Schillinge 9 Pence dieselben Bedarfsartikel gekauft werden wie in Deutschland für 27½ Mk. Da aber die Teuerung in England im Mai 1922 gegenüber dem Vorkriegsstand noch 82 Proz. betrug, so mußte man für dieselben Waren im Mai d. J. 43 Schillinge 3 Pence bezahlen. Somit beträgt der Lohn des deutschen Arbeiters in englischem Gelde ausgedrückt 43 Schillinge 3 Pence. Der Lohn des englischen ungelerneten Arbeiters betrug aber in demselben Zeitpunkt 61 Schillinge. In Indexziffern ausgedrückt und den englischen Lohn mit 100 gefest, ergibt sich zu Zahl 71 für den Lohn des deutschen ungelerneten Arbeiters, wie es aus der obigen Tabelle zu ersehen war.

Als die wichtigsten Ergebnisse dieser Vergleiche sind hervorzuheben: Die Reallöhne der deutschen Arbeiter waren im Frühjahr dieses Jahres ungefähr die Hälfte, die der belgischen etwas mehr als die Hälfte, der französischen ungefähr zwei Drittel und der Arbeiter in den Vereinigten Staaten das 1½- bis 2fache des englischen Reallohnes. Bemerkenswert ist noch die besonders schlechte Entlohnung der ungelerneten Arbeiter in den Vereinigten Staaten, die aus der mitgeteilten Tabelle heraus sofort ins Auge springt.

Die Untersuchungen von J. H. Richardson, der die Reallöhne in den einzelnen Ländern mit dem Vorkriegsstand verglich, führten ihn zu folgenden Ergebnissen: a) Bis Mitte 1920, solange die Preissteigerungen überall andauerten, waren die Reallöhne in sämtlichen Ländern niedriger als 1914, da die Lohnsteigerungen der Teuerung überall nachhinkten. Als aber der Preissturz in vielen Ländern einsetzte, erhöhten sich in diesen die Reallöhne, weil der Lohnabbau etwas langsamer vor sich ging als das Sinken der Preise. In diesen Ländern haben aber die Arbeiter auf andere Weise gelitten: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit beraubten große Schichten von Arbeitern ihres Erwerbs, so daß sie von dem höheren Reallohn keinen Nutzen hatten. Gegenwärtig sind drei Kategorien von europäischen Ländern zu unterscheiden: Die Reallöhne in den sogenannten neutralen Staaten: Schweden, Dänemark, Holland, aber auch in Italien sind höher als vor dem Kriege. (Bezüglich Italiens muß die Berechnung Richardsons unbedingt irrtümlich sein, ihr widersprechen auch die Daten der letzten Publikation des Internationalen Arbeitsamtes. Die Red.) In die zweite Gruppe gehören England, Frankreich und Belgien, wo die Reallöhne ziemlich gleich hoch geblieben sind; in die dritte die mitteleuropäischen Staaten, wo die Reallöhne entschieden niedriger sind als vor dem Kriege. Aber auch für die erste Gruppe stellt er fest, daß die gegenwärtigen Reallöhne im ständigen Sinken begriffen sind, da der Lohnabbau andauert, während die Preisgestaltung zur Ruhe gekommen ist. b) Eine Angleichung der Löhne der ungelerneten an die der gelerneten Arbeiter ist überall zu verzeichnen. Die großen Unterschiede, die vor dem Kriege bestanden, sind verschwunden. Der Grund dafür ist, daß in den Perioden der Teuerung zunächst die Löhne der ungelerneten Arbeiter erhöht werden mußten, damit diese vor der äußersten Not bewahrt blieben. So erhielt z. B. in Berlin 1914 ein gelernter Arbeiter im Brauergewerbe 50 Proz. mehr als ein ungelerneter, heute nur noch 3 Proz. mehr. Ebenso erging es in den anderen Ländern, wo sich erst in den letzten Zeiten eine Tendenz zur erhöhten Entlohnung der Facharbeiter zeigt. c) Die Gehälter der Beamten und Kopparbeiter sind ihrer Kaufkraft nach in fast allen Ländern gesunken. Nur die Gehälter der kleinen Beamten konnten in manchen Ländern mit der Teuerung Schritt halten. Die Realgehälter der höheren Beamten sind jedoch gewaltig zurückgegangen. In Oesterreich und Bulgarien erhalten sie nicht mehr als ein Fünftel des Werts ihres Vorkriegsgehältes. d) Die weibliche Arbeit ist im Verhältnis zu männlichen besser bezahlt als vor dem Kriege. In der Periode der Teuerung mußten die äußerst niedrigen Frauenlöhne ebenso wie die der ungelerneten Arbeiter erhöht werden. Andere Gründe für die relative Erhöhung der Entlohnung der weiblichen Arbeit sind: neue Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, Mangel an männlichen Arbeitskräften bei den Kriegführenden, Standardisierung der Produktion und Zerteilung des Arbeitsprozesses, welche dort, wo früher gelernte Männerarbeit notwendig war, für Frauenarbeit Platz schufen, dann aber die oft mit Erfolg durchgeführte Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. In den Industrien, wo Frauenarbeit vorherrscht, wie in der Textilindustrie, sind die Reallöhne gestiegen, was auf die relativ bessere Entlohnung der Frauenarbeit zurückzuführen ist. e) Die Reallöhne auf dem Lande haben sich in einem stärkeren Maße erhöht als in den Großstädten. Dies war teilweise eine Folge der Angleichung der Preise der Bedarfsartikel in Stadt und Land.

Aus allem geht die Tatsache hervor, daß das den Arbeitern während des Krieges so oft und feierlich zugesagte „Paradies auf Erden“ ihnen immer noch nicht beschieden ist, ja man kann wohl behaupten, daß ihre Verhältnisse nirgends besser, in den meisten Ländern aber noch viel schlimmer sind als vor dem Kriege. (A. H.)

Die Sozialdemokratie in Sowjetrußland.

(RB.) Vor einigen Wochen fand in Sowjetrußland eine illegale Konferenz der örtlichen Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt, die eine Reihe wichtiger Beschlüsse zur Konsolidierung der Parteiarbeit angenommen und Maßnahmen ergriffen hat, um der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen kritischen Situation einen strafferen und einheitlicheren Charakter zu verleihen.

Die Berichte der Delegierten aus den einzelnen Orten entrollten ein erschütterndes Bild der Terrorherrschaft, unter der die Arbeiterklasse in allen Teilen Sowjetrußlands stöhnt. Die Welle der verstärkten Verfolgungen, die im letzten Jahre einsetzte, hat die Genossen auch der letzten Möglichkeit beraubt, öffentlich die Partei zu vertreten oder für sie zu wirken. Die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit besteht in den Sowjetstaaten schon längst nicht mehr. Trotzdem gelang es hin und wieder, in die lokalen Sowjets Vertreter zu entsenden, in Betriebsversammlungen aufzutreten, in den Gewerkschaften zu wirken usw. Doch alle diese Möglichkeiten sind jetzt durch den wirtschaftlichen Terror in den Betrieben und durch die Verhaftung und Verbannung eines jeden, der der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei verdächtig ist, fast völlig vernichtet worden.

Unter diesen Umständen ist die Partei gegenwärtig zur illegalen Existenz verurteilt und konnte beispielsweise an den soeben vollzogenen Wahlen in den verschiedenen Städten auch keinen Anteil nehmen. Die Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen hat die Organisationsfrage unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse sehr eingehend diskutiert und Maßnahmen ergriffen, um die vorhandenen Parteikräfte vor weiteren Zersplitterungen zu schützen, gleichzeitig aber auch die propagandistische und agitatorische Tätigkeit der Partei auf eine höhere Stufe zu heben. Die Konferenz lehnte es ab, die leitende Parteizentrale nach dem Auslande zu verlegen, sie sprach sich vielmehr für die Notwendigkeit der Konzentrierung aller Kräfte auf die politische Arbeit in Rußland selbst aus und erklärte die Emigration einzelner Parteimitglieder nur in Ausnahmefällen unter Billigung des Bureaus des Zentralkomitees als zulässig.

Als Grundlätze für die politische Arbeiterpartei nahm die Konferenz nach eingehender Erörterung eine Reihe von Thesen an, in denen die wirtschaftliche und politische Situation Sowjetrußlands nach allen Richtungen hin charakterisiert und die Aufgaben formuliert werden, die die Sozialdemokratie als Interessenvertreterin des Proletariats in dieser schwierigen Uebergangsperiode zu verwirklichen hat. Wir geben nachstehend die wichtigsten Ziele der Partei wieder, wie sie von der Konferenz formuliert worden sind:

1. Die Partei führt ihre Propaganda und Agitation unter der Parole der politischen Freiheit, die gegenwärtig als zentrale Forderung aufgestellt ist und objektiv zur Parole des Proletariats wird.

- 2. Die Partei enthüllt vor den breiten Massen die Ursache der gegenwärtigen Verflawung des Proletariats und das Wesen der gegenwärtigen Diktatur und ihrer Entwicklung, indem sie gleichzeitig auf die drohende Gefahr der bonapartistischen Gegenrevolution hinweist.
- 3. Die Partei sieht den einzigen Weg zur Rettung der demokratischen Errungenschaften der Revolution in der Ueberwindung der terroristischen Elemente der Politik der bolschewistischen Regierung und in ihrer Demokratisierung. Nach wie vor weist die Partei auf die politische Gefahr jener Bestrebungen hin, die auf den Sturz der Sowjetgewalt gerichtet sind, sowie auch auf die Gefahr jener Tendenzen, die von bürgerlichen Koalitionssituationen erfüllt sind. Als wirkliches Mittel zur Erreichung des oben genannten Zieles betrachtet die Partei die Verstärkung der Selbsttätigkeit der proletarischen Massen und ihren organisierten planmäßigen Druck auf die Regierung, um diese zur Demokratisierung der politischen Ordnung zu veranlassen. Die Partei appelliert nach wie vor an alle ehrlichen revolutionären Elemente der Arbeiterklasse Rußlands, darunter auch an die, die sich in den Reihen der Kommunistischen Partei befinden, und fordert sie auf, die Ausrichtung einer demokratischen Ordnung im Lande als gemeinsames grundlegendes Ziel des gesamten Proletariats zu erklären.
- 4. Die Partei führt den Kampf für die Beseitigung der Fesseln der Gewerkschaftsbewegung, für volle Selbsttätigkeit aller Organe, für volle Freiheit der Rede, der Versammlungen und der Presse. Die Partei muß sich gleichfalls als Ziel setzen, mit dem elementar ausbrechenden wirtschaftlichen Kampf des Proletariats Fühlung zu nehmen, ihm in Anbetracht der völligen Isolation der Gewerkschaften von der Massenbewegung zweckmäßige Richtlinien zu geben und das Proletariat vor dem Angriff des in- und ausländischen Kapitals zu schützen.
- 5. Indem die Partei alle Maßnahmen unterstützt, die in Wirklichkeit auf die Wiedergeburt des Wirtschaftslebens gerichtet sind, bekämpft sie eine solche Richtung der Wirtschaftspolitik, die die Steigerung der Produktion einseitig auf der erbarmungslosen Ausplünderung der Arbeitskraft aufbaut. In ihrer propagandistischen Tätigkeit lenkt die Partei die Aufmerksamkeit der Massen fortgesetzt darauf, daß die gesunden Grundzüge der neuen Wirtschaftspolitik in den Bedingungen der politischen Despotie, die nur die künstliche Entwicklung des spekulativen Kapitals fördern, keine Auswirkung finden können.

In ihren weiteren Beschlüssen spricht sich die Konferenz für die Förderung der Anerkennung Sowjetrußlands, für den Schutz der Unabhängigkeit des Landes vor allen Angriffen der Konterrevolution und des Imperialismus und für enge Zusammenarbeit mit der internationalen sozialistischen Bewegung aus. In einem besonderen Auftruf wendet sie sich an das Proletariat aller Länder mit der Aufforderung, die Konsolidierung der Arbeiterbewegung in Rußland zu fördern, indem sie die russische Sozialdemokratie in diesem Kampfe gegen den herrschenden Terror unterstützt.

Alles in allem bedeutet die Logik einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Klärung und Festigung der proletarischen Reihen in Rußland. Trotz aller Verfolgungen steht die Sozialdemokratie auch in Rußland unerschütterlich auf ihrem Posten, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sie bei einem Aufschwung oder einer Bewegung berufen ist, der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe führend voranzugehen. — Die Partei wendet sich durch die Konferenz weiter in einem Auftrufe an das internationale Proletariat, in dem es unter anderem heißt:

Das Leben der Arbeiterklasse ist von einem Postzeitalter umgeben. Wegen der geringsten Neuerung der Kritik erfolgen Entlassungen und Verhaftungen. Hierzu kommt die Aussperrungspolitik der Unternehmer. Auf dem gesamten politischen Leben lastet ein eiserner Druck. Der Terror nimmt immer grausamere Formen an. Offen wird verkündet, daß er sich hauptsächlich gegen die sozialistischen Parteien richtet. Auf dem Rücken der russischen Arbeiterklasse spielt sich gegenwärtig ein wahres Bachanal politischer Ausschreitungen ab. Die Zudungen des bankrotten Systems nehmen einen immer schärferen und krankhaften Charakter an.

Die Verflawung des russischen Proletariats ist eine empörende Tatsache der Gegenwart. Die illegal zusammengetretene Konferenz der Vertreter des sozialdemokratischen Vortrupps des russischen Proletariats, das in unerhörten schweren Bedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die Rettung der Revolution vor dem Bonapartismus kämpft, erhebt vor dem internationalen Proletariat Protest gegen den ungeheuerlichen bolschewistischen Terror, der die Arbeiterklasse ihrer Waffen beraubt und den Boden für die Konterrevolution vorbereitet hat. Die Konferenz sendet ihren Gruß den Arbeitern Europas und Amerikas, deren Zusammenschluß durch die Pestbeule des kommunistischen Terrors so sehr gehemmt wird.

Die italienische Gewerkschaftsbewegung und die Faschisten.

Von 12 Millionen Arbeitern sind in Italien ungefähr drei Millionen organisiert. Die italienischen Faschisten brüsten sich damit, acht-hunderttausend Gewerkschaftsleute in ihren Organisationen, den sogenannten nationalen Gilden, vereint zu haben, und diese Zahl bald auf eine Million zu bringen. Diese Ziffer ist schwer zu kontrollieren, Tatsache ist jedoch, daß viele Arbeiter, besonders Landarbeiter, sich den faschistischen Organisationen angeschlossen haben. Außerdem sind es ungelernete Arbeiter und Kopfarbeiter, die nun zu Faschisten geworden sind. Wie kommen diese in die ruchlose Gesellschaft der Faschisten? Ein Aufsatz von Angiolo Cabrini in der von Prof. Rennes herausgegebenen Wiederaufbaunummer zählt hierfür die Gründe auf. Die Landarbeiter wurden durch das gewalttätige Auftreten der Faschisten am meisten eingeschüchert, auch hat die Kraftentfaltung der Faschisten Eindruck auf sie gemacht. Außerdem waren sie durch das Ausbleiben einer Agrarreform, die ihnen zu Land verholten hätte, enttäuscht. Die Faschisten richteten ihre Gewaltangriffe auch gegen die Genossenschaften, von denen sich ein Teil den Siegern gebeugt hatte. Die Faschisten sind aber mit den Verbänden der Unternehmer eng verknüpft und wenn die brutale Kraft der Faschisten, die sozialistischen Organisationen zerstörten, nicht ausreichte, so traten die Unternehmer auf: die Arbeiter mußten vielerorten entweder die Mitgliedschaft der Faschisten vorgeben oder sie werden entlassen. Daß auch viele Kopfarbeiter den Faschisten sich angeschlossen haben, erklärt sich aus dem geringen Grad von Klassenbewußtsein der italienischen Kopfarbeiter, der Schwäche ihrer Organisationen und bei den Staatsbeamten aus ihrem Interesse an Gehaltserhöhungen, da doch gegenwärtig die Faschisten entscheidenden Einfluß in der Regierung haben.

Die auf dem Boden des Sozialismus stehenden Gewerkschaften haben somit viele von ihren Mitgliedern eingebüßt. Die Abtrünnigen wurden zwar nur zum kleinen Teil Faschisten, sind dagegen in der großen Menge der Unorganisierten untergetaucht. Hierfür sind viele Gründe verantwortlich: a) die Arbeitslosigkeit, welche infolge Wirtschaftskrise, Knappheit an Rohmaterial und Ueberschuß an Bevölkerung, der durch die Kanäle der Auswanderung nicht abgeleitet werden kann, immer noch sehr groß ist. Es gibt immer noch über 800 000 Arbeitslose. Durch Arbeitslosigkeit acht aber die Zahl der Gewerkschaftler zurück; b) die innere Zerstückelung der Arbeiterschaft infolge von Parteikämpfen zwischen Sozialisten und Kommunisten einerseits, den verschiedenen Richtungen in der Sozialdemokratie andererseits; c) die Enttäuschung der Arbeiterschaft, die auf den großen sozialen Aufstieg nach dem Kriege folgte. Die Reaktion und wiederholte Niederlagen der Arbeiterschaft haben diese eingeschüchert.

Nach ist ihre Stimmung infolge dauernder Teuerung und sinkender Reallohne gedrückt; d) endlich sind sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie Arbeitgeberorganisationen von einer Stärke und Einheit herausgebildet worden, die den Gewerkschaften die Spitze bieten können. Auch im Parlament besitzen diese einen entscheidenden Einfluß und erschweren die Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen. Trotz dieser Schwierigkeiten sind die gelehrten Facharbeiter, Buchdrucker, Maschinisten, Bau-, Hut-, Gasarbeiter usw. den freien Gewerkschaften treugeblieben, bis andere Zeiten kommen, die diesen neues Leben einflößen. Vorerst ist deren Tätigkeit durch aus mäßig und vorsichtig; die bevorstehende Trennung von der sozialistischen Partei wird ihnen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften anderer Richtung (christlichen usw.) ermöglichen.

Streifzüge durch unser Wirtschafts- und Gewerkschaftsleben.

Ueber dieses Thema sprach in großzügiger Weise Kartellsekretär A. Busch, M.-Glabach, in einer allgemeinen Betriebsräteversammlung am Freitag, den 17. November, in Bieren. Es sollte bezweckt werden, den Betriebsräten zu zeigen, daß die Gewerkschaften ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben Deutschlands sind, daß sie aber nicht allein imstande sind, Deutschland aus seiner Wirtschaftsmisere herauszuführen. Vor allem sollte Busch auch zeigen, daß durch Gewaltmaßnahmen, Bußsche, Pfändereien — denen jetzt viel das Wort geredet wird — das arbeitende Volk nur in noch tieferes Elend gestürzt würde. Ob diese Verjammung ihren Zweck in Bieren erreicht hat? Wir lassen es dahingestellt sein.

Jedenfalls gab diese Zusammenkunft einen guten Resonanzboden für bekannte kommunistische Tiraden. Der Metallarbeiter Windisch warf seine kommunistischen Perlen vor die SPD-Gewerkschaftsleute. Ihn traf zwar ein Strahl (M.-Glabach) besserer Erkenntnis wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge, vor dem er sich duckte; ob es aber gefolien hat?

Die ganze Diskussion stand auf der Höhe kommunistischer Schimpf- und Verleumdungen: Leipart, Reichsminister R. Schmidt, Hilferding und die ganze Gewerkschaftsbureaokratie Arm in Arm mit Stinnes, das Volk auszuplündern. Die SPD und die Gewerkschaftsvertreter sind an allem schuld. Sie sind insbesondere schuld, daß die Landwirte die Kartoffeln zurückhalten, daß das Getreide im Preis erhöht wurde; sie hindern die Arbeiter, sich auskömmliche Löhne zu erringen; sie sind schon gekauft, um den Arbeitern in Weihnachten den Zehn-Stunden-Arbeitstag zu beschern; es wäre längst sozialisiert, wenn die Gewerkschaftsvertreter und die SPD nicht im Wege ständen. Seht nach Rußland, da wird konsequent sozialisiert. (Fragt nur nicht: wie?) Kontrollausschüsse sind einzuführen (was sie kontrollieren sollen, ist nicht angegeben). Nur eine freie Arbeiterorganisation (etwa Freie Union, Syndikalistin, bei denen man keine Beiträge zu zahlen braucht?) könne der Arbeiterschaft helfen; diese freie Arbeiterorganisation könne mit dem Allheilmittel des Generalstreiks alles erreichen. Und so fort.

Schlecht zu sprechen ist man auf die Gewerkschaftszeitungen, die die Kommunisten als Indifferente bezeichneten. Mehrere Reden klangen dahin aus, den ADGB, aufzufordern, sich an die Spitze des Betriebsrätekongresses (von den kommunistischen Drahtziehern einberufen) zu stellen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde auch angenommen. Der Referent versuchte zwar in seinem Schlußwort, die Diskussionsredner eines Besseren zu belehren, uns schien aber, als wenn er wirklich Perlen fortgeworfen hätte.

Eine Schlussbetrachtung: Braucht man sich zu wundern, wenn in Bieren die freie Gewerkschaftsbewegung so schlecht vorangeht, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich und politisch indifferent bleibt, keine Beiträge leisten will, wenn ihre Vertrauenspersonen — als die sich die Betriebsräte doch betrachteten — so verulmüderlich reden und alles von der Sozialdemokratie in politischer Hinsicht Geschaffene in den Kot ziehen?

Nicht Kommunisten, als die sie sich bezeichnen, sondern Indifferente sind es, die so über das Instrument des Klassenkampfes, die gewerkschaftliche und politische Organisation, herfallen. Bar jeder Erkenntnis wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge, macht sie die bittere Not zu Hyänen. Etwas mehr Liebe und Vertrauen in sich und zu den Organisationen wäre weit besser.

Kampfe zu begegnen. Die Zentrale hatte als Vertreter den Kollegen Schulze entsandt, der zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage, ihre Ursachen und Folgen“, ein großangelegtes Referat hielt und damit ungeteilten Beifall fand. Kollege A. H. Hof sprach über das Thema „Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen bzw. Entlassungen und Erwerbslosenfürsorge“ und gab den zahlreichen Delegierten wertvolle Instruktionen, um die Arbeiterschaft in der Zeit der Krise vor Schaden zu bewahren. Aus der Diskussion war ersichtlich, daß im Gau die Betriebsbeschränkungen schon einen beträchtlichen Umfang angenommen haben und daß man den Belegschaften allerlei Verschlechterungen zu bieten magt. In einem Falle suchte ein Arbeitgeber die Kündigungsfrist aufzuheben. Die Wünsche gehen noch weiter: weniger Lohn und eine längere Arbeitszeit verdrängt nun das Kapital durchzusehen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeitgeber bei ihren Absichten noch die Unterstützung bayerischer Behörden finden, wie nun zu wiederholtem Male festgestellt werden konnte. Das trägt auf keinen Fall zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens bei. Arbeitgeber und Regierung sollten dies beachten, ehe es zu spät ist. — Kollege Schönleben-Augsburg behandelte die Beitragsfrage vom § 1 des Statuts ausgehend. Sollten die gestellten Ziele erreicht werden, ist eine Stärkung unserer Kampfmittel unerlässlich. Das haben eine Anzahl Titeln, wie eine der Konferenz vorliegende Tabelle beweist, noch nicht begriffen. Die Folgen einer schlechten Beitragsleistung sind unübersehbar, wie uns Fälle aus der Praxis beweisen und die zu gut bekannt sind. Der Beitrag beträgt einen Stundenlohn. Auch der Stärkung der Sozialmittel müssen wir Beachtung schenken. Des Referenten Antrag, den Sozialzuschlag ab 1. Dezember 1922 auf mindestens 5 Mk. zu erhöhen, wird abgeändert angenommen, daß diese Regelung im Gau ab 1. Januar 1923 erfolgen soll. Zum Schluß sprach noch Kollege Deffner über unsere Lohnpolitik. Unsere Lohnkommissionen haben heute bei den Lohnverhandlungen einen schweren Stand. In letzter Zeit haben es die Arbeitgeber besonders auf die Frauenlöhne und die der Jugendlichen abgesehen. Die letzte Verschlechterung wurde uns mit Hilfe eines „Unparteiischen“ aufgedrängt. Die Unzufriedenheit, besonders unserer Frauen, ist zu begreifen, und die Gauleitung läßt kein Mittel unverbraucht, diesen Zustand zu beseitigen. In der gegenwärtigen Zeit ist aber dringend notwendig, die Gauleitung mehr mit Rat und Tat zu unterstützen und vor allem auch den Führern Vertrauen entgegenzubringen, um die schwere Zeit zu überwinden. Die Debatte über diesen Punkt war nur kurz. Die Konferenz brachte den Ausführungen der Referenten volles Verständnis entgegen und wird, nach dem Verlauf zu schließen, sicher auch fruchtbringend wirken.

Aus den Gewerkschaften.

Die Verfolgung der ungarischen Eisenbahner.

Ungarn wurde vor kurzem in den Völkerbund aufgenommen. Die gegenwärtig in Genf tagende Internationale Arbeitskonferenz ist ein Organ dieses Völkerbundes. An diese Konferenz wendet sich ein Schreiben des Internationalen Transportarbeiterverbandes mit einem glühenden Protest gegen die Verfolgung der Eisenbahnerbewegung in Ungarn. Der in Wien im Oktober abgehaltene Kongreß des Internationalen Verbandes hat bereits in einer Resolution auf die „grausamen und unmenslichen Verfolgungen der ungarischen Transportarbeiter“ das Gewissen der Welt aufmerksam gemacht. In einem ausführlichen Bericht sind die barbarischen Zustände, unter welchen die ungarischen Eisenbahner zu leiden haben, geschildert. Die Reaktion, die sich nach dem Sturz der Káeliktatur in wilden Ausschreitungen ausbotte, nahm eine organisierte Form an. Den Eisenbahnern ist das Koalitionsrecht geraubt worden, sie dürfen ihre Zeitung nicht herausgeben, ihre Führer werden interniert und die Eisenbahner, welche die dennoch erscheinenden Flugblätter und Publikationen lesen, aus dem Dienst entlassen. Die Kontrolle und die Spitzel werden in großem Umfang betrieben. Die Internationale Transportarbeiterföderation sieht — nach dem Wortlaut ihres Protestes — mit Interesse den Maßnahmen entgegen, die die vierte Internationale Arbeitskonferenz nehmen wird, um den Arbeitern Ungarns das Koalitionsrecht nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich zu gewährleisten.

Soziale Rundschau.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nach Beschluß des Reichsrats vom 16. November betragen die Höchstmätze der Erwerbslosenunterstützung vom 20. November an:

	In den Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	140,—	125,—	115,—	100,— Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	100,—	90,—	80,—	70,— "
c) unter 21 Jahren	50,—	45,—	40,—	35,— "
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	110,—	100,—	90,—	80,— "
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	65,—	60,—	55,—	50,— "
c) unter 21 Jahren	40,—	35,—	30,—	25,— "
3. Als Familienzuschläge für a) den Ehegatten	65,—	60,—	55,—	50,— "
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	50,—	45,—	40,—	35,— "

Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten.

Ein neues Gesetz soll die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten wieder einschränken. Laut dem Gesetz von 1920 dürfen aus den einzelnen europäischen Ländern nur 3 Proz. der im Jahre 1910 in Amerika lebhaft gemessenen Angehörigen der betreffenden Staaten jährlich zuwandern. Dies soll nun um ein Drittel, d. h. von 3 Proz. auf 2 Proz. weiter eingeschränkt werden. Diese Einschränkung ist um so weniger begründet, als bereits bei der heutigen Lage kein Zuwachs an männlicher Arbeitskraft durch Zuwanderung entsteht. Ein gründlicher Aufschub in der amerikanischen „Nation“ erbrachte vor kurzem den Beweis, daß sich 1921 als Zuwachs an fremder männlicher Arbeitskraft aus der Ein- und Auswanderung nur die Zahl von 6518 ergab. Die Gesamtzahl der Einwanderer betrug zwar 309 536. Diese Zahl wird in den Debatten immer herangezogen, was aber gründlich verfehlt ist. Denn abgesehen davon, daß mehr als ein Fünftel dieser Einwanderer aus Ländern kommen, aus welchen die Einwanderung ohne Einschränkung erfolgen kann — Kanada, Mexiko usw. — und nur 243 953 aus europäischen Ländern, sind noch zwei weitere Tatsachen zu berücksichtigen. Erstens die Rückwanderung: 1921 haben beinahe 200 000 Einwanderer Amerika wieder verlassen, wovon der größte Teil, beinahe 150 000, Männer, die infolge der Agrarreformen in den mitteleuropäischen Ländern in ihre alte Heimat zurückkehrten, um dort Land zu erwerben, und 50 000 Frauen, zweitens die Tatsache, daß die Einwanderer im Gegensatz zu der Rückwanderung zum großen Teil Frauen waren. Die Kosten der Auswanderung aus europäischen Ländern sind nämlich so hoch, daß im wesentlichen nur Familienangehörige der bereits seit langem in den Vereinigten Staaten lebenden Männer auswandern konnten. So ergibt sich der kaum sichtbare Zuwachs an männlicher Arbeitskraft. Noch greller gestaltet sich das Bild, wenn man ins Auge faßt, daß von Italien, das die ungelerneten Arbeiter für Eisenbahn- und Straßenbauten usw. liefert, 1921/22 nur 40 319 Leute einwanderten, dagegen 53 651 Italiener das Land ver-

Das Existenzminimum in der ersten Novemberhälfte 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Novemberhälfte anderthalbmal so hoch wie in der zweiten Oktoberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, annähernd dreimal so hoch wie im September, etwa 4 1/2mal so hoch wie im August, etwa 7 1/2mal so hoch wie im Juli und etwa 26mal so hoch wie im November 1921.

Nationiertes Brot kostete 217mal soviel wie vor neun Jahren, Kartoffeln 312mal soviel, Zucker 409mal soviel, Milch 465mal soviel, Briten 512mal soviel, Bohnen 750mal soviel, Graupen 800mal soviel, Reis 818mal soviel, Margarine 875mal soviel, Speck 980mal soviel, Erbsen 990mal soviel, Brot im freien Handel 1071mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	2372	3996	5321
Wohnung	72	72	72
Heizung und Beleuchtung	835	835	835
Bekleidung	1597	2661	3726
Sonstiges	1608	2496	3284
1. Novemberhälfte 1922	6484	10060	13238
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6136
September 1922	2319	3552	4714
August 1922	1393	2203	2958
Juli 1922	829	1298	1783
November 1921	244	378	509
November 1920	153	228	316
August 1913/1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestlohn in der ersten Novemberhälfte 1922 für einen alleinlebenden Mann 1081 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 1677 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 2206 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 338 250 Mk., für das kinderlose Ehepaar 524 800 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 690 000 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Novemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 6484 Mk., d. h. auf das 387-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 10 060 Mk., d. h. auf das 451-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 13 238 Mk., d. h. auf das 459,7-fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Novemberhälfte etwa 1/4 Pf. wert.

Ortsverwaltungskonferenz des Gaues Augsburg.

Am Sonntag, den 12. November, fand in Nürnberg, im Verbandshaus der Metallarbeiter, eine Konferenz der Ortsverwaltungen obgenannten Gaues statt. Sie war notwendig geworden, um den gegenwärtigen und kommenden Schwierigkeiten im wirtschaftlichen

liehen. Aus Polen kamen 28 635 Einwanderer, während die Rückwanderung polnischer Staatsangehöriger aus Amerika 33 581 betrug.

Krankenversicherungsgrenze für Angestellte.

Die für die Angestellten vorgesehene Pflichtversicherungsgrenze in der Krankenversicherung, die heute noch 204 000 Mk. beträgt, ist bei der augenblicklichen Geldentwertung geradezu unhaltbar geworden.

Wirtschaftliches.

Passive Handelsbilanz des verschuldeten Europa gegen die Vereinigten Staaten.

Endlich fängt man auch in den Vereinigten Staaten an einzusehen, daß die Schulden der europäischen Staaten letzten Endes nur mit Waren bezahlt werden können.

Verkehrte Preis- und Lohnpolitik in Deutschland.

Die zum Teil recht kritischen Berichte, die gegenwärtig über den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie, Abfahrts- und drohende Arbeitslosigkeit kommen, zeigen, wie verkehrt die Preis- und Lohnpolitik in den letzten Jahren gewesen ist.

Aus Unternehmerkreisen.

Außerordentliche Rüstungen der Arbeitgeber.

Sollen die Gewerkschaften ihre Aufgaben in der gegenwärtigen schweren Zeit restlos erfüllen, so müssen ihnen von den Mitgliedern die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Rundschreiben Nr. 259.

Lsg. Nr. 1/45 184.

Berlin, den 31. Oktober 1922.

Wir haben unseren Mitgliedern durch Rundschreiben Nr. 252 vom 18. Oktober 1922 Kenntnis gegeben von dem Beschlusse der Mitgliederversammlung betr. Nacherhebung für das Kalenderjahr 1922 in Höhe des diesjährigen doppelten Jahresbeitrages.

Die Nachtragerhebung ist deshalb notwendig, weil die laufenden Mittel zur Deckung der ordentlichen Ausgaben nicht mehr ausreichen, so daß bereits ein größeres verzinsliches Darlehn aufgenommen werden mußte.

Wir müssen darauf dringen, daß diesem Beschlusse umgehend entsprochen wird, da in der Tat sonst die Arbeiten der Vereinigung leiden müssen.

Der Schatzmeister: Der Geschäftsführer: gez. Schulze-Rhönhof. gez. Dr. Tänzler.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verlangt also einen dreifachen Jahresbeitrag von ihren Mitgliedern, den die Unternehmer gern zahlen werden.

Vermischtes.

Parlaments-Rhetorik.

Aus einer Tagung des Reichstags wurden der „Frankfurter Zeitung“ nachstehende wahrheitsgetreue Proben unfreiwilligen Humors zur Verfügung gestellt: Beim Gesetz zum Schutz der Republik lobte im Reichstag Abg. Schüding seine Fraktion, der es zu danken sei, daß „Mitgliedern der Außenpolitik an einer bestimmten Derlichkeit für die Dauer von 5 Jahren auferlegt“ werden könne.

Berichte aus Fachkreisen.

Hanneln. Zu der zum 12. November 1922 hier einberufenen Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war, erschien der Genosse Reichard, Redakteur der „Niederländischen Volksstimme“, um einen Vortrag über „Gewerkschaft und Arbeiterpresse“ zu halten.

Krefeld. Ein Jubilar. Das Mitglied Friedrich Franke, Färber, Krefeld, blühte am 21. November 1922 auf eine 25 jährige ununterbrochene Mitgliedschaft in unserem Verbande zurück.

Winterleid.

Ich wähle mir 'ne Kausje aus für meine Redaktion; Es ist die kleinste hier im Haus, Doch sie genügt mir schon.

Sie tun es nicht, in ihrem Bauch Ist's lauworm nur, nicht heiß; Was kümmert sie mein Leiden auch, Von dem doch ich nur weiß....

Briefkasten.

Mehreren Anfragern wird zur Antwort, daß das Geschäft in Holland jetzt nicht berartig ist, daß zugereifte lohnende Arbeit bekommen könnten.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 3. Dezember, ist der 48. Wochenbeitrag fällig. Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Ulrich a. d. H. V: Karl Fischer, Hartungstr. 12. K: Hermann Krone, Kolontestr. 1. Oberdorf. Bez. Erfurt.

zember, abends 8 Uhr, im Ratsteller. Weida, Donnerstag, 7. Dezember, im „Waldschlößchen“.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Chemnitz, Franz Gläser; Mag Wäde; Emil Mergner; Franz Neubert; Johanne Börner; Lina Fiedler; Helene Fanny Mirisch; Lina Sänger; Marie Helene Scholz.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen. Breslau. Stickerei- und Posamentenbranche. Donnerstag, 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Neue Beitragsmarken.

Von jetzt ab gelangen außer den jetzt geltenden Beitragsmarken auch solche zu 160, 170, 180, 190 und 200 Mk. zum Versand.

Redaktionsluß für die nächste Nummer Freitag, 1. Dezember

Verlag: Karl Göttsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. - Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drexler in Berlin. für alles andere Paul Wagener in Berlin. - Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!